



Bayerisches Staatsministerium
für Familie, Arbeit und Soziales
Referat III1 – Generationen- und Seniorenpolitik
Winzererstraße 9
80797 München

Antrag auf Bewilligung einer staatlichen Zuwendung	
in Höhe von _____ Euro	
für die Maßnahme (Projektname) „ <u>MuT-Partner</u> “ _____	
Geplanter Durchführungszeitraum	
Beginn _____	Ende _____
<input type="checkbox"/> Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen. <input type="checkbox"/> Mit der Maßnahme wurde am _____ begonnen. <input type="checkbox"/> Für dieselbe Maßnahme wurde im unmittelbar vorhergehenden Zeitraum eine Zuwendung unter dem Az: _____ bewilligt.	
<p>Hinweis: Zuwendungen dürfen nur für Maßnahmen gewährt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Der Abschluss von Verträgen zur Ausführung der Maßnahme ist grundsätzlich bereits als Beginn der Maßnahme zu werten. Im Einzelfall kann vor Beginn der Maßnahme auf Antrag eine Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn erteilt werden.</p>	
<p>Diesem Antrag sind beizufügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschreibung der Maßnahme (Konzept in dem die beabsichtigten Angebote und deren Umsetzung näher beschrieben werden) • Freistellungsbescheid, soweit steuerbegünstigte Zwecke verfolgt werden 	
A	Antragstellerin/Antragsteller
	Antragstellerin/Antragsteller (Projektträger)
	Anschrift
	Telefon
	E-Mail Mit Angabe der E-Mail-Adresse erklären Sie Ihr Einverständnis, dass wir uns bei Rückfragen per unverschlüsselter E-Mail an Sie wenden dürfen.

	Vertretungsberechtigte Person(en) 1. 2. <input type="checkbox"/> einzeln vertretungsberechtigt <input type="checkbox"/> zusammen vertretungsberechtigt
	Ansprechpartnerin/Ansprechpartner für diesen Antrag
	Rechtsform der Projektträgerin/des Projektträgers
	Steuerbegünstigung §§ 51 bis 68 AO <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, der Freistellungsbescheid des Finanzamtes liegt bei.
	Die Projektträgerin/ der Projektträger handelt im Rahmen einer gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
	Berechtigung zum Vorsteuerabzug § 15 UStG <input type="checkbox"/> besteht nicht <input type="checkbox"/> besteht allgemein <input type="checkbox"/> besteht für dieses Projekt Eventuelle Vorsteuerabzugsbeträge sind im Finanzierungsplan gesondert auszuweisen und bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen.
	B Bankverbindung
	IBAN
	Kontoinhaberin/Kontoinhaber _____ Dabei handelt es sich um ein Geschäftskonto <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	C Finanzierung
	Wurde für denselben Zweck auch bei anderen Stellen des Staates eine Zuwendung beantragt? <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von Euro bei
	Sollen aus der Zuwendung Geldbeträge an Dritte als Zuwendung weitergegeben werden? Hinweis: Bei der Bezahlung von Rechnungen an Dritte, z.B. aus Kauf- oder Dienstverträgen, handelt es sich nicht um eine Weiterleitung in diesem Sinn. <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von Euro an Erläuterung
	Wird die Antragstellerin/der Antragsteller überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen finanziert? <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

D Personalausgaben für die landkreisweite Planung, Steuerung und Vernetzung von Schulungsangeboten (gem. FöRiLi Nr. 5.3.2)							
Vor- und Zuname der Mitarbeiterin/ des Mitarbeiters	Funktion und Berufsbezeich- nung	Entgelt- gruppe und Stufe	Beschäfti- gungs- zeitraum	Stunden pro Wo- che	Ausgaben in Euro Kalenderjahr	Ausgaben in Euro Kalenderjahr	Ausgaben in Euro Kalenderjahr
Personalausgaben pro Kalenderjahr:							
Gesamtpersonalausgaben							

Wendet der Antragsteller einen Tarifvertrag an?

ja

nein

Welchen

E Gesamtausgaben für die beantragte Maßnahme	a. Personalausgaben (gem. FöRiLi 5.3.2; Einzelaufstellung siehe D)	b. Personal- und Sachausgaben für die Durchführung niedrigschwelliger Schulungsangebote zur Vermittlung und Vertiefung von Kenntnissen im Umgang mit digitalen Medien und Technik für ältere Menschen (Budget), gem. FöRiLi 5.3.1)				Gesamt
		Beabsichtigte Schulungseinheiten in eigener Regie vom Zuwendungsempfänger organisiert und durchgeführt	Beabsichtigte Schulungseinheiten lokal organisiert von fachlich geeigneten Trägern (Weiterleitung) gem. Nr. 4.1.2 der Förder RiLi		Summe der gesamten Personal- und Sachausgaben pro Kalenderjahr	
	Ausgaben in Euro	Anzahl	Ausgaben in Euro (Anzahl x 22 Euro)	Anzahl	Ausgaben in Euro (Anzahl x 22 Euro)	Ausgaben in Euro
Kalenderjahr	€		€		€	€
Kalenderjahr	€		€		€	€
Kalenderjahr	€		€		€	€
Summe der Gesamtausgaben	€		€		€	€

F Deckungsmittel für das Kalenderjahr		Kalenderjahr ____	Kalenderjahr ____	Kalenderjahr ____	Gesamt
		Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro	Betrag in Euro
1.	Eigenmittel (mind. 10 Prozent der Gesamtausgaben) der Antragstellerin/des Antragstellers (z.B. Mitgliedsbeiträge, Spenden)	€	€	€	€
2.	Einnahmen aus Kostenbeiträgen (von Teilnehmerinnen und Teilnehmer)	€	€	€	€
3.		€	€	€	€
4.	Zuwendungen von Kommunen				
		€	€	€	€
		€	€	€	€
5.	Sonstige öffentliche Mittel				
		€	€	€	€
		€	€	€	€
6.	Sonstige Mittel				
		€	€	€	€
		€	€	€	€
7.	Beantragte Zuwendung	€	€	€	€
	Gesamtfinanzierung	€	€	€	€

F. Erklärungen

Die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Der Finanzierungsplan wurde nach den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufgestellt. Es wurden alle Finanzierungsbestandteile der Maßnahme aufgeführt. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme ist nach dem Finanzierungsplan gesichert.

Eine ordnungsgemäße Geschäftsführung ist gesichert. Die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel wird nachgewiesen werden können. Alle das Projekt betreffenden Belege und sonstigen Unterlagen werden entsprechend den steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen bereitgehalten.

Es ist bekannt, dass alle Angaben im Antrag sowie in den dazu eingereichten ergänzenden Unterlagen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB i.V.m. § 2 Subventionsgesetz (SubvG) und Art. 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes sind und wegen Subventionsbetrug bestraft wird:

- Wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht
- Oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.

Die beantragte Förderung wird nicht für Veranstaltungen verwendet, die von den Scientology-Organisationen (mit-)getragen oder (mit-)organisiert werden oder mit denen Werbung für die Scientology-Organisationen verbunden ist, sowie zur Abwicklung der Maßnahme eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.

Ich erteile meine Einwilligung zur Einhaltung der Haushaltsordnung des Freistaats Bayern (BayHO) im Rahmen aller im Zusammenhang mit dem Förderprogramm MuT-Partner durchzuführenden finanziellen Maßnahmen.

Die „**Informationen zum Datenschutz**“ habe ich erhalten, gelesen und verstanden. Ich willige in die Verarbeitung der übermittelten personenbezogenen Daten ein.

Die in der Aufgliederung der Personalkosten genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die „Informationen zum Datenschutz“ wurden jeder betroffenen Person ausgehändigt. Dies gilt auch für neu hinzukommende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Informationen zum Datenschutz

Für dieses Verwaltungsverfahren ist das **Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS)** verantwortlich. Sie können auf den folgenden Wegen mit dem ZBFS Kontakt aufnehmen:

- mit der Post:
Zentrum Bayern Familie und Soziales
95440 Bayreuth
- per Telefon: 0921 605-03
- per Telefax: 0921 605-3903
- elektronisch:
www.zbfs.bayern.de/kontakt

Mit dem behördlichen **Datenschutzbeauftragten** des ZBFS können Sie unmittelbar auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

- mit der Post:
Zentrum Bayern Familie und Soziales
Datenschutzbeauftragter
95440 Bayreuth
- elektronisch:
www.zbfs.bayern.de/kontakt

Die im Rahmen des Verwaltungsverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten benötigen wir, um einen Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung zu bearbeiten und das Verwaltungsverfahren durchzuführen. Die Rechtsgrundlagen dafür sind Art. 6 Abs. 1 lit. e), i.V.m. Abs. 3 Satz 1 lit. b), Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO i.V.m. Art. 23 und 44 der Bayerischen Haushaltsordnung sowie die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften und in den Fällen, in denen wir personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erheben, daneben Art. 4 Abs. 1, Abs. 2 S. 2 Nr. 1., 3. und 4 BayDSG.

Die Angaben des Antragstellers sind freiwillig. Wenn keine oder unzureichende Angaben gemacht werden, können wir den Antrag aber möglicherweise nicht richtig bearbeiten. Das könnte dazu führen, dass eine Förderung nicht oder nicht in beantragter Höhe bewilligt wird.

Für die Prüfung des Förderantrags und Durchführung des Förderverfahrens wurden oder werden dem ZBFS vom Antragsteller personenbezogene Daten auch von anderen betroffenen Personen mitgeteilt und verarbeitet (z.B. Mitarbeiter, Teilnehmer eines Projektes). Hierbei kann es sich, je nach Ausgestaltung des Förderverfahrens, insbesondere um Daten zu folgenden Datenkategorien handeln:

- Personendaten (z. B. Name, Adresse, Tel.-Nr. und Geburtsdatum)
- Qualifikationsdaten (z.B. Beruflicher Werdegang, Bildungsverlauf, Tätigkeitsnachweise, Zertifikatsdaten oder Zeugnisse)

- Bewerberdaten (z.B. Lebenslauf, Hobbys)
- Beschäftigungsdaten (z.B. Arbeitsvertragsinhalte, interne Kontaktdaten, Eingruppierung, Gehalts- oder sonstige Vertragsdaten, Stellung in Organisation)
- Liefer- bzw. Dienstleisterdaten (z.B. Adress- und Telefondaten, Waren- oder Dienstleistungsmengen, Lieferorte- und Zeitpunkte, Empfänger / Versender)
- Abrechnungsdaten (z.B. Bankverbindung, Zahlungskonditionen)
- Steuerdaten (z.B. Steuer-ID, Einkommenssteuerbescheid)
- Positionsdaten (z. B. Standort beruflicher Tätigkeit oder gewöhnlichen Aufenthaltes, Wohnsitz)
- Kommunikationsdaten (z.B. Nachrichteninhalte)
- Besondere Kategorien personenbezogener Daten (z.B. Religionszugehörigkeit, Gesundheitsdaten)

Die Daten speichern wir in elektronischer Form in einem staatlichen Rechenzentrum des Freistaates Bayern. Zum Zweck der Zahlungsabwicklung werden hierfür erforderliche Daten der Staatsoberkasse Bayern in Landshut und ggf. dem zuständigen Finanzamt übermittelt. Im Rahmen der Fach- und Rechtsaufsicht werden Daten an das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales weitergegeben.

Wir speichern Ihre Daten nur, solange wir sie benötigen. Die Daten werden daher wie folgt gelöscht:

- 5 Jahre nach Abschluss des Förderverfahrens.

Sie haben folgende Rechte:

- Sie können von uns **Auskunft** über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.
- Sie können von uns eine **kostenlose Kopie** dieser Daten verlangen.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **berichtigen**, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **vervollständigen**, wenn sie unvollständig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **löschen**, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.
- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten **einzu-schränken**. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn

Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob die Daten tatsächlich unrichtig sind.

- Sollten Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft **widerrufen**. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen Widerruf nicht berührt.

Sie können sich über uns beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz **beschweren**.

Sie haben das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten durch uns jederzeit zu widersprechen.

Das könnte dazu führen, dass die zweckentsprechende Verwendung einer bereits bewilligten Zuwendung ganz oder teilweise nicht nachgewiesen werden kann und deshalb ein vollständiger oder teilweiser Widerruf des Zuwendungsbescheides sowie eine entsprechende Rückforderung der Zuwendung beim Antragsteller erfolgen müsste.